



Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Pressemitteilung

Städtetag: Kein Rückzug der Bahn aus der Fläche

Die Deutsche Bahn AG plant Änderungen im Fernverkehr in Niedersachsen. Auf Einladung des Niedersächsischen Städtetages, des kommunalen Spitzenverbandes der kreisfreien und kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in Niedersachsen, haben jetzt in Hannover Vertreter der Bahn die betroffenen Städte und Gemeinden über konkrete Pläne informiert.

Wie der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Heiger Scholz anschließend mitteilte, verfügt das Land Niedersachsen über gute Fernverkehrsverbindungen der Zentren im In- und Ausland. Dennoch soll es nach den Planungen der Bahn in den nächsten Jahren zu Veränderungen in den Linien der IC-Züge kommen. So soll es auf der Ost-West-Strecke zwar weitere Verbesserungen der internationalen Verkehre in die Niederlande durch höhere Frequenz und Verlängerung der Linie nach Den Haag geben. Hingegen sind auf der Nord-Süd-Achse aber einschneidende Maßnahmen beabsichtigt. Die IC-Linie 26 soll ab dem Jahre 2010 ab Hannover auf der Schnellfahrstrecke geführt werden, was zwar eine beschleunigte Fahrzeit bis Göttingen um 30 Minuten bedeutet und damit eine schnellere Direktverbindung der Städte Lüneburg, Uelzen und Celle in Richtung Süden herstellt. Gleichzeitig sollen aber auch die bisherigen Halte des Bahnknotenpunktes Kreiensen sowie der Städte Alfeld und Northeim entfallen. Dies ruft den starken Widerspruch der betroffenen Kommunen und Regionen hervor.

Scholz: „Das Grundgesetz schreibt ausdrücklich vor, dass der Bund beim Fernverkehr dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Wir beobachten, dass die Bahn zunehmend aus rein wirtschaftlichen Überlegungen ihr Angebot bildet und sich dabei auf die lukrativen Fernverkehrsverbindungen konzentriert. Ganze Regionen und Landstriche bleiben dabei auf der Strecke. Diese Angebotspolitik der Bahn droht für die betroffenen Gebiete zu einem schweren Standortnachteil zu werden.“

Der Niedersächsische Städtetag appelliert deshalb an die Deutsche Bahn AG, bei allem Verständnis für wirtschaftliche Überlegungen ihren Allgemeinwohlauftrag nicht aus dem Blick zu verlieren und die Verbindung mit den Regionen sowie die Vernetzung der Städte und Gemeinden sicherzustellen. Keinesfalls dürfe es zu einseitiger und unabgestimmter Vorgehensweise seitens der Bahn kommen. Beispielsweise könnten gemeinsam mit den betroffenen Kommunen attraktive Konzepte entwickelt werden, um die Nachfrage nach Bahnverbindungen zu steigern.

Auch die Landespolitik, so Scholz, ist dringend aufgefordert, aus strukturpolitischen Gründen für eine gute Erreichbarkeit von Bahnverbindungen in allen Regionen des Landes zu sorgen.

2. Juli 2008

Ansprechpartner: Heiger Scholz, 0511 / 368 94-22

Diese Meldung finden Sie auch zum Download auf www.nst.de.